

Kurzbewertung der Rechtspolitik im Koalitionsvertrages von SPD und Linkspartei in Brandenburg

1. Allgemeines

Die Rechtspolitik nimmt im Koalitionsvertrag eine untergeordnete Rolle ein. Der Stellenwert der Justiz ist für beide Koalitionspartner gering, von 55 Seiten beschäftigt sich 1 Seite mit der Rechtspolitik im Land Brandenburg. Eine Vielzahl der vereinbarten Maßnahmen wurden bereits von der Vorgängerregierung eingeleitet.

2. Bekämpfung von Extremismus

Im Gegensatz zum Bund konzentrieren sich die Koalitionspartner nur einseitig auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus.

3. Amts- und Arbeitsgerichtsreform

Entgegen erster Verlautbarungen wurde die Amts-, und Arbeitsgerichtsreform nicht ad acta gelegt, sondern soll im Jahr 2010 abschließend entschieden werden.

4. Erhöhung der Richterstellen bei den Sozialgerichten

Die vereinbarte Erhöhung der Richterstellen bei den Sozialgerichten wurde bereits vom MdJ bei den Vorplanungen zum Haushaltsentwurf 2010 vorgeschlagen. Bedient werden soll dabei politisch vor allem das Klientel der Linkspartei, da bei den Sozialgerichten vorwiegend Rechtsstreitigkeiten der ALG II Empfänger anhängig sind. Ungelöst bleibt weiterhin die Frage, wie die überlange Verfahrensdauer bei den Verwaltungsgerichtsentscheidungen verkürzt werden kann. Weiterhin fehlen Stellen in der unteren und mittleren Justizebene/ Serviceeinheiten.

5. Richtergesetz Berlin/Brandenburg

Das vereinbarte einheitliche Richtergesetz befand sich bereits in der letzten Legislaturperiode im parlamentarischen Verfahren und konnte aus formellen Gründen, die in der Verantwortung des Landes Berlin lagen, nicht abgeschlossen werden.

6. Resozialisierungsgesetz/Strafvollzug

SPD und Linkspartei prüfen die Erarbeitung eines Resozialisierungsgesetzes zur gesellschaftlichen Eingliederung von ehemaligen Strafgefangenen. Täterschutz geht hier anscheinend vor Opferschutz. Hiermit werden unnötig die Personalkosten in die Höhe getrieben. Die Eingliederungsmaßnahmen der sozialen Dienste im Land Brandenburg sind völlig ausreichend.

Die Koalition plant die Überprüfung der Auslastung der JVs. Schließungen von Justizvollzugsanstalten, z.B. in Frankfurt (O.), sind damit nicht ausgeschlossen.

Designierter Justizminister Volkmar Schöneburg: Ist bisher politisch noch nicht oft in Erscheinung getreten, war aber Sachverständiger bei der Anhörung der SPD-Landtagsfraktion zum Thema: Resozialisierungsgesetz. Juristisch vertritt er sehr liberale Rechtsauffassungen. So forderte er z.B. eine Entkriminalisierung im Drogenstrafrecht und von Bagatelldelikten. (UTOPIE kreativ, H.134 (Dezember 2001))